

Öffentliche Forderungen der Anwohner an Politik, Behörden und Unternehmer

Wegen des stark mit Pestiziden kontaminierten Tümpels/Solls in einem Maisfeld bei Stabeshöhe in der Uckermark haben die Betroffenen zusammen mit Anwohnern aus den umliegenden Dörfern Jakobshagen, Klaushagen und Metzelthin die Initiative ergriffen und auf einer Versammlung am 14. Oktober im „Storchenhof“ Jakobshagen einen Forderungskatalog erstellt. Dieser wird der Öffentlichkeit, den zuständigen Behörden und den Biogasanlagenbetreibern zur Kenntnis gegeben. Damit artikulieren die betroffenen Anwohner ihren Protest gegen die derzeitige Praxis der industrialisierten Landwirtschaft zum Schaden von Mensch und Natur:

1. Sofortiger Stopp des Maisanbaus auf den Hanglagen der Uckermark

(Begründung: Maisäcker sind über ein halbes Jahr ohne nennenswerte Bodendeckung, kaum durchwurzelt, humusverarmt, erodieren, dramatisches Artensterben, Abschwemmung auch der Pestizide in Oberflächengewässer)

2. Mehrjährige Stilllegung zur Renaturierung der durch Mais geschädigten Böden

(Begründung: Bodengüte muss für späteren Anbau verbessert werden, Bildung von Wurzelwerk / Krümelstruktur / kein Pestizideinsatz zwecks notwendiger Entgiftung)

3. Danach Einhaltung des Fruchtwechsels mit Humuszufuhr und ohne Pestizideinsatz

(Begründung: „gute fachliche Praxis“, Erhalt der Bodenqualität plus Mikroorganismen und der Kleintiere, Artensterben durch Gifte, Aufnahme von Pestiziden durch Menschen über Atemwege, Haut und Lebensmittel)

4. Sofortiger Stopp der Trockenlegung von Söllen

(Begründung: Reparatur und Neubau von Drainagen ist bei Söllen nicht erlaubt, Tieren wird Lebensraum genommen)

5. Zügige Untersuchung weiterer Böden und Gewässer rund um Jakobshagen, insbesondere des Rohrbruchs und des Warthesees bei Jakobshagen

(Begründung: die ermittelten Pestizidwerte gelten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch für andere Flächen/Sölle, Zerfallszeiten/Halbwertszeiten der Pestizide müssen berücksichtigt werden)

6. Ausweitung regelmäßiger Grundwasser, Boden- und Gewässerkontrollen auf Pestizide in der gesamten Uckermark

(Begründung: von 1995-2005 hat sich der Pestizideinsatz verzehnfacht, der nach neuesten Studien fruchtschädigend und krebserregend ist)

7. Stopp weiterer Verkäufe und Verpachtungen von Ackerland an „Biogas-Unternehmer“

(Begründung: der Anbau von Bioenergiepflanzen ist umweltschädlich und gesellschaftlich unökonomisch, Flächen fehlen für Lebensmittelproduktion, Vieh, Heu und Stroh)

8. Sofortiger Stopp der Subventionen für Maisanbau zur Energiegewinnung

(Begründung: den Landwirten werden falsche Anreize gegeben: ca. 300 € pro ha für Getreide, aber ca. 3000 € pro ha für Mais+Biogasanlage, was sich in der Umwelt katastrophal auswirkt)